

Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 21. Dezember 2011

Antrags-Nr. 11-F-33-0054

**Kommunale Beschäftigungs- und Eingliederungsmaßnahmen sichern
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 07.12.2011 -**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen

1. Es wird zur Kenntnis genommen:

- 1.1 Auf Grundlage des Stadtverordnetenbeschlusses Nr. 0305 vom 01. September 2011 konnten alle für die Jahre 2011 ff. geplanten Eingliederungsmaßnahmen ungekürzt fortgesetzt werden (Programmteil I Temporäre Kompensation der Bundeskürzungen). Insbesondere betrifft dies
- Eingliederungszuschüsse im 1. Arbeitsmarkt,
 - Förderung der beruflichen Weiterbildung,
 - Arbeitsgelegenheiten,
 - Ausbildung im SGB II,
 - Heranführung an Arbeit und Ausbildung.

Die im Beschluss Nr 0305 vorgemerkten Mittel i. H. v. 5,6 Mio. in 2012 und 8,3 Mio. in 2013 werden nicht vollem Umfang benötigt.

- 1.2 In einem zweiten Teil des Städtischen Programms für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung (Temporäre Fonds für Strukturanpassung) sollen Mittel für die notwendigen Veränderungen im Leistungsspektrum und in den Leistungsprozessen bei Wiesbadener Beschäftigungsträgern und der KommAV bereitgestellt werden. Im Teil III des Programms (Dauerhafte kommunale Aktivitäten) werden Mittel für den Aufbau und die laufende Finanzierung dauerhafter kommunaler Beschäftigungsprogramme benötigt.

2. Es wird beschlossen:

- 2.1 Zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit im Programmteil I (Temporäre Kompensation der Bundeskürzungen) werden in 2011 für 2011/2012 die erforderlichen Mittel von 3,6 Mio. € zur Verfügung gestellt und für 2013 ebenfalls 3,6 Mio. € dem Haushalt zugesetzt. Die Mittel sind zweckgebunden für den Programmteil I.

Dez. VI i. V. m. Dez III und der WJW werden beauftragt für den Programmteil II (Temporäre Fonds für Strukturanpassung) für 2012/2013 ein Konzept zu entwickeln. Zur Finanzierung dieses Programmteils können die noch nicht gebundenen Mittel der Beschäftigungsmaßnahmen in 2011 des Dez. III eingesetzt werden.

- 2.2 Dez. VI wird beauftragt, für den Programmteil III (dauerhafte kommunale Aktivitäten) ein Konzept in 2012 zu entwickeln.

Beschluss Nr. 0780

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 07.12.2011 betr.

Kommunale Beschäftigungs- und Eingliederungsmaßnahmen sichern

wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2011

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .12.2011

1. Dezernat VI i.V.m. Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Abdruck:
Dezernate III + I/20
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister